

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 9

Artikel: Studenten beim Minister
Autor: Sandor, Laszlo N.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Studenten beim Minister

In Budapest gibt es offizielle und inoffizielle Studentenprobleme. Der inoffiziellen Studentenprobleme wurde man gewahr, als etwa die einheimische Presse am 16. April mit einem Monat Verspätung ohne genaue Angaben auf eine offensichtlich politische Demonstration zu sprechen kam, und das auch nur deshalb, weil die Sache (ebenfalls mit grosser Verspätung) bis zu einer westlichen Zeitung durchgedrungen war. Der Vorfall zeigt an, wie unglaublich gefiltert die Informationen sogar aus jenem osteuropäischen Lande sind, wo es neben Polen (dort allerdings gegenüber 1971 schon merklich rückläufig) noch am meisten Aussprachemöglichkeiten in den öffentlichen Medien gibt. Gerade deshalb ist übrigens auch die Präsentation der offiziellen Studentenprobleme durchaus aufschlussreich. Im folgenden Bericht einer Budapester Tageszeitung zum Beispiel geht es um die Demokratisierung an den Hochschulen. Und es ist zweifellos interessant, zu sehen, wie sich diese hiesige Thematik dort ausnimmt.

Laszlo N. Sandor

Als Erwachsener

Aus «Magyar Hirlap», Budapest (1.4.1972)

Der Minister für Bildungswesen empfing Studenten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zu Gesprächen. Es waren offene und zwanglose Unterredungen mit den Vertretern der Hochschuljugend; Mitglieder der Fakultätsräte, Sekretäre des Kommunistischen Jugendverbandes (der Universitäten; Anm.), Interessenvertreter (?), vermutlich entweder Vertreter weiterer Studentenorganisationen oder nichtorganisierte Studenten, welche von ihren Komilitonen bestimmt wurden, studentische Belange gegenüber den zuvor aufgeführten Organisationen zu vertreten; Anm.). Auf der andern Seite des Tisches sassen führende Mitarbeiter des Ministeriums, die sich mit den Problemen der Universitäten befassen.

Das Thema hiess: Was regt heute die Studenten auf*, was sind ihre dringlichsten Sorgen, wo und wie könnte ihnen das Ministerium helfen?

Es ist als ein unmissverständliches Zeichen des Demokratismus zu werten, dass der Minister die Informationen direkt von den Studenten hören wollte, aus erster Hand.

Eigentlich hätten wir gemeint, dass die Frage, wie man die Demokratie an den Universitäten geltend macht, bei den Gesprächen als Motiv nicht fehlen würde. Ueberraschenderweise und wider Erwarten wurde aber dieses Thema bei den Unterredungen nur selten angeschnitten.

Die Gesprächsteilnehmer des ersten Tages — Studierende an verschiedenen Fakultäten und an Instituten für Volkswirtschaft — hatten anscheinend ganz andere Probleme. Sie befassten sich viel lieber mit Stipendiensorgen, mit Fragen der niedrigen Verköstigungsnormen, mit den Missständen im Bewerbungssystem (zur Aufnahme an den Hochschulen; Anm.), mit den eng beschränkten Möglichkeiten zum Sport. Sie erhoben ihre Stimme gegen die überfüllten Studentenheime und gegen die sozialen Schwierigkeiten der verheirateten Studenten. Sie kritisierten bei den einen Fächern das niedrige Unterrichtsniveau und bei den andern Fächern den Maximalismus. Der Themenkreis der Demokratie an den Universitäten wurde dabei überhaupt nicht berührt.

* Der Ausdruck «izgat» = erregen, in Aufruhr versetzen, ist sehr stark; das zugehörige Hauptwort «izgatás» heisst auch «Aufwiegelei». Man hat also bewusst von einer neutraleren Formulierung (etwa: Was beschäftigt die Studenten?) Abstand genommen.

Das gibt einem zu denken, wenn man den Umstand berücksichtigt, dass an diesen Gesprächen Jugendliche teilnahmen, die sich für Politik interessieren, wenn diese nicht sogar zu ihrem Fach gehört. Wenn so viele Fragen angefasst werden und nur dieses eine Thema ausgelassen wird, lässt sich das Schweigen darüber auch kaum mit Gleichgültigkeit erklären.

Als viel wahrscheinlicher mutet zunächst eine Erklärung an, die davon ausgeht, dass die Massnahmen der letzten Jahre den Demokratismus in der Organisation weiterentwickelt haben. Denn die Vertreter der Studenten haben heute ihren Platz im Fakultätsrat und in der Aufnahmekommission erhalten. Studentenkomitees entscheiden — wenn auch innerhalb gewisser Grenzen — über die Höhe der Stipendien. Auch muss ihre Meinung bei der Feststellung der Prüfungsordnung angehört werden. Wir könnten uns also fragen: Wie lässt sich der Rahmen der Demokratie an den Universitäten noch erweitern? Und wenn nun die Studenten dazu keine Vorschläge haben, dann deshalb — so möchte man annehmen —, weil sie mit den bisherigen Massnahmen zufrieden sind und auf diesem Gebiet keine weiteren Möglichkeiten sehen.

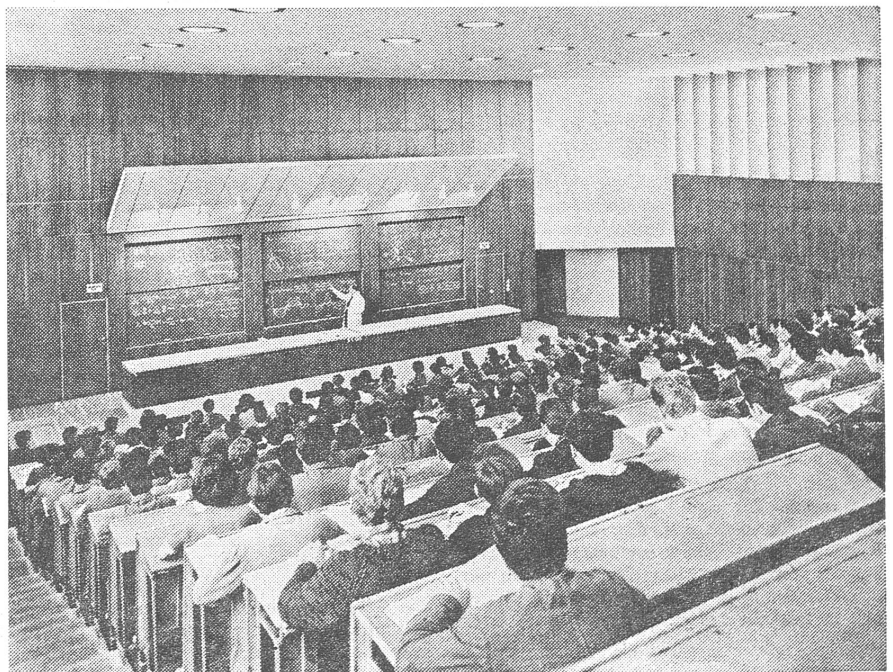
Eine solche Annahme aber ist durch die Gespräche des zweiten Tages widerlegt worden. Mehrere Sprecher der Studenten erklärten, dass die staatlichen Massnahmen der letzten Jahre zwar Resultate gezeigt hätten, aber die Demokratie an der Universität immer noch zu viele rein formale Elemente enthalte. Die Teilnahme an der Arbeit der Fakultätsrate kann die demokratischen Ansprüche der Studenten kaum völlig zufriedenstellen, weil die entscheidenden Fragen nicht dort, nicht in diesen Gremien entschieden werden. Gerade die Entscheidungen, welche die Studenten am direktesten betreffen, werden von den Lehrstühlen aus gefällt.

Offen gesagt, die Studenten möchten auch in den Fragen mitsprechen, die ihnen am wichtigsten sind, in den tagtäglichen Fragen des Unterrichts. Dazu möchten sie die Unterstützung des Ministeriums erhalten — wenn nötig durch Verordnungen.

Das ist ein gewagter und neuartiger Anspruch. Denn es werden sich Leute finden, die diesen Vorschlag mit einer der radikalsten Forderungen westlicher Studentenbewegungen in Sinnverwandtschaft bringen. Es ist allgemein bekannt, was dort Ende der sechziger Jahre eine der wichtigsten Kampf Fragen war: in Westdeutschland wollten gewisse Gruppen von Studenten ihre Professoren selber auswählen.

Indessen hatte diese Forderung dort einen direkten politischen Inhalt: Die linken Studenten wollten sich auf diese Weise von den offensichtlichen und prominenten Vertretern der Rechten befreien, die einen Lehrstuhl innehatten.

Der Vorschlag dagegen, der jetzt bei uns unterbreitet wurde, will praktische Gesichtspunkte berücksichtigen. Er drückt die Absicht aus, das Arbeitsniveau der Universität zu heben.



Vorlesung in Budapest. Was heisst dort «Mitsprache»?